



Foto: Landtag von Baden-Württemberg

**Termine:**

**Bürgersprechstunde**

Heilbronn,  
Wilhelmstraße 3  
Freitag, 11. Mai  
16:00 Uhr - 17:00 Uhr

**29. Treffpunkt Europa**

Heilbronn,  
Kiliansplatz  
Samstag, 12. Mai

**81. Deutscher Fürsorge-  
tag in Stuttgart**

Stuttgart, Rathaus  
Dienstag, 15. Mai  
19:30 Uhr

**Betriebsbesichtigung  
mit der SPD Flein**

Flein  
Mittwoch, 16. Mai  
18:00 Uhr

## Infobrief aus dem Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche durfte ich meine Fraktion bei der SPD-Sprecherkonferenz der gesundheitspolitischen Sprecher aller SPD-Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion in Weimar vertreten.

Die Tagesordnung der zweitägigen Konferenz spiegelt auch die Herausforderungen wieder, die wir hier in Baden-Württemberg bewältigen müssen. Neben dem Thema der Pflege, haben wir uns intensiv zur Krankenhauspolitik, der Suchtprävention und der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum ausgetauscht.

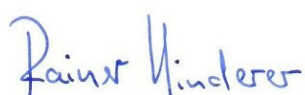


Insbesondere bei der Versorgung im ländlichen Raum haben wir als baden-württembergische Landtagsfraktion schon eine gute inhaltliche Vorarbeit geleistet, die ich den gesundheitspolitischen Sprechern aus ganz Deutschland präsentieren konnte. (Das Papier zur ärztlichen Versorgung finden Sie hier: [10-Punkte-Plan für mehr Hausärzte](#))

Klar ist, dass es im Gesundheitsbereich einiges zu tun gibt. Die Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Diese müssen jetzt zeitnah angegangen werden - hierfür muss aber ein Gesundheitsminister Jens Spahn wohl noch mehrfach daran erinnert werden, dass er GESUNDHEITSMINISTER ist. Im Land müssen wir weiterhin darauf achten, dass die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Pflege“ konsequent umgesetzt werden und den Finger in die Wunde legen, wenn Minister Lucha wieder bei der Krankenhausinvestitionsförderung kürzen will.



Herzliche Grüße



Rainer Hinderer MdL

„Hinter den Kulissen“ der Wasserschutzpolizei

am Freitag, 25. Mai um 16:00 Uhr

Anmeldung unter: 07131 8987173

**Kontakt:**

Abgeordnetenbüro  
Rainer Hinderer MdL  
Wilhelmstraße 3  
74072 Heilbronn

Tel.: 07131 8987141

Fax: 07131 8987151

E-Mail:

info@rainer-hinderer.de

## **Wir nehmen die Kommunen ernst - Karlsruhe will einen „Drogenkonsumraum“**

Der Karlsruher Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung für die Einrichtung eines Drogenkonsumraums gestimmt. In einer solchen Anlaufstelle sollen schwerst Drogenabhängige mitgebrachte Drogen wie Heroin und Kokain unter hygienischen Bedingungen konsumieren können. „Hier werden wieder die ideologischen Gräben zwischen CDU und Grünen deutlich“, betont Rainer Hinderer, suchtpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Die Stadt Karlsruhe braucht für die Einrichtung einer solchen Anlaufstelle zunächst noch grünes Licht vom Land. Sozialministerium und Innenministerium ziehen aber nicht an einem Strang. Bereits seit dem Jahr 2000 sind die Drogenkonsumräume bundesrechtlich zugelassen. „In vielen Bundesländern sind Drogenkonsumräume ein funktionierendes Instrument in der Suchtpolitik“, zeigt sich Rainer Hinderer vom Nutzen der Drogenkonsumräume überzeugt. „Viel mehr wiegt für mich aber die Tatsache, dass sich der Karlsruher Gemeinderat einstimmig für solch eine Anlaufstelle ausgesprochen hat. Wir sollten als Landespolitiker auf die Wünsche und Erfahrungen der Kommunen hören.“

Daher fordert Rainer Hinderer die Landesregierung auf, endlich ihre ideologischen Differenzen zu überwinden und in einer Verordnung auch Drogenkonsumräume in Baden-Württemberg zuzulassen.

## **SPD will Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung ermöglichen!**

„Der Gesetzentwurf hat sich nicht mit Streichung der bestehenden Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer bestellt ist, beschäftigt“

Der Landtagsabgeordnete Rainer Hinderer möchte, dass alle Menschen mit Behinderungen an den kommenden Kommunalwahlen in Baden-Württemberg teilnehmen dürfen. Hierfür wird die SPD einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung einbringen. Das Gesetz soll kommunalwahlrechtliche Vorschriften ändern. „Der vorgelegte Gesetzentwurf hat sich überhaupt nicht mit der Streichung der bestehenden Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen, für die zur Besorgung aller ihrer Angelegenheiten ein Betreuer bestellt ist, beschäftigt“, zeigt sich Rainer Hinderer von der Landesregierung enttäuscht.

Die SPD-Landtagsfraktion sei empört darüber, dass sich die Landesregierung nicht an dieses im baden-württembergischen Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention vereinbarte Vorhaben erinnere. „Völlig unverständlich wäre es, wenn diese Menschen mit Behinderungen, wie von der Koalition im Bund angekündigt, an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen dürfen, aber ihnen am selben Tag und im selben Wahllokal keine Stimmzettel für die Kommunalwahlen ausgegeben werden.“

„Es war augenscheinlich, dass wir den Innenminister auf dem falschen Fuß erwischt haben. Er hatte schlichtweg keine Ahnung, ob Behindertenbeirat und Behindertenbeauftragter überhaupt einbezogen waren. Das ist schlechter politischer Stil.“